



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Claus Ehlers (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Anschlussstellenkonzeption der Bundesstraße B 77

1. Plant die Straßenbauverwaltung des Landes, die bestehende Auffahrt zur B 77 in der Gemeinde Westerrönfeld nach dem geplanten Bau einer südlichen Auffahrt zur B 77 zu schließen?
Falls ja, warum wird dann seitens der Straßenbauverwaltung nicht geplant, die bisherige Auffahrt zu erhalten und die südliche Auffahrt zusätzlich zu realisieren?

Um die Verkehrsentwicklung in der Stadt Rendsburg und in den Gemeinden Westerrönfeld und Osterrönfeld im Zusammenhang mit den Bundesstraßen B 77 und B 202 detailliert beurteilen zu können, ist von seiten der Straßenbauverwaltung des Landes in Zusammenarbeit mit den o.g. Kommunen ein Gutachten zur Verkehrsentwicklung im Raum Rendsburg südlich des Nord-Ostsee-Kanal in Auftrag gegeben worden. Von den Gutachtern wird unter anderem der Bau einer neuen südlich von Westerrönfeld gelegenen Anschlussstelle an die B 77 unter teilweiser Schließung der bisherigen Anschlussstelle B 77/B 202 vorgeschlagen. Dadurch würde die Verkehrsbeziehung über die Lindenallee zur heutigen Anschlussstelle aus bzw. in Richtung Westerrönfeld aus Verkehrssicherheitsgründen unterbunden werden.

Eine abschließende Entscheidung wurde noch nicht getroffen, da zuvor weitere Gespräche mit dem kommunalen Raum vorgesehen sind.

2. Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass die Beschränkung auf eine Anschlussmöglichkeit in Westerrönfeld zur B 77 eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens bedeutet?

Mit dem Bau einer neuen Anschlussstelle an die B 77 sind in der Regel Verkehrsverlagerungen verbunden, die unabhängig von der allgemeinen Verkehrsentwicklung auf den sich im Umfeld der Anschlussstelle befindlichen Straßen zu Erhöhungen, aber auch zu Verringerungen des Verkehrsaufkommens führen können.

Beim Neubau einer Anschlussstelle im Süden Westerrönfelds unter gleichzeitiger teilweiser Schließung der bestehenden Anschlussstelle würde eine Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf der Zubringerstraße zwischen Lindenallee und der neuen Anschlussstelle eintreten. Diese Straße führt durch die im Süden Westerrönfelds gelegenen Gewerbegebiete. Dadurch würden sich im Gegenzug verkehrliche Entlastungen im Umfeld der bestehenden Anschlussstelle und im Ort ergeben, da die LKW nunmehr auf kurzem Wege und ohne Fahrt durch Wohngebiete das übergeordnete Straßennetz erreichen könnten.

3. Wie beurteilt die Landesregierung die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Gemeinde Westerrönfeld, falls es nur eine Auffahrt geben sollte?

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde Westerrönfeld ist nicht vom Vorhandensein zweier Anschlussstellen abhängig. Vielmehr ist es von Bedeutung, dass eine leistungsfähige Verknüpfung Westerrönfelds mit dem übergeordneten Verkehrsnetz vorhanden ist. Eine solche kann grundsätzlich auch durch eine leistungsfähige Anschlussstelle erreicht werden. Darüber ist jedoch – wie bereits oben aufgeführt – noch nicht entschieden.